



Alle Jahre wieder

so könnte man den chaotischen Schulbeginn in diesem Schuljahr kurz umschreiben. Die Senatsverwaltung schafft es wieder einmal nicht, auf der Grundlage von verlässlichen Schülerzahlen die Schulen mit einer ausreichenden Zahl von Lehrkräften auszustatten.

Da die Schulen nach Senatswillen mit 100% ausgestattet werden sollen, bedeutet das, dass jede fehlende Lehrkraft automatisch Vertretungsunterricht notwendig macht oder bereits zu Beginn des Schuljahres Unterrichtsausfall produziert wird.

Gerade in diesem Schuljahr ist das aber fatal. Im Oberschulbereich soll die nächste Schulreform umgesetzt werden. Alle Kraft und Anstrengung sollte hier in den Aufbau der neuen Sekundarschulen fließen.

Stattdessen gibt es aber nicht nur Probleme bei der Personalausstattung. In vielen Schulen laufen Baumaßnahmen, die, außer durch die erheblichen Lärmbelastung auch durch Schmutz und Staub zu einem gesundheitlichen Risiko für Lehrkräfte und SchülerInnen werden. Immer wieder erreichen uns erboste Anrufe von KollegInnen, die dies nicht hinnehmen wollen und können. Mit Hilfe des Personalrats musste wegen der unzumutbaren Bedingungen der Schulbetrieb in einem Schulgebäude in Kreuzberg eingestellt werden. Die Schule zog daraufhin in ein, erst am Ende des letzten Schuljahres geschlossenes Gebäude, um. Alles natürlich auf Zeit und auf Kosten der Arbeitskraft und Nerven der KollegInnen.

Einige Neuerungen außerhalb des Reformprogramms:

Das Arbeitszimmer ist für Lehrkräfte wieder steuerlich absetzbar. Weitere Informationen dazu finden Sie unter: <http://www.gew-berlin.de/20984.htm>.

Der Tarifvertrag für die ErzieherInnen ist immer noch nicht ausverhandelt. Der Arbeitgeber setzt ihn aber schon mal in seinem Interesse um. Er zahlte „vorausschauend“ das Urlaubsgeld nicht. Sie sollten sicherheitshalber einen Widerspruch formulieren und an die Personalstelle schicken. Ein Musterschreiben finden Sie unter <http://gew-berlin.de/20998.htm>.

Alle befristet eingestellten ErzieherInnen oder in Zwangsteilzeitbefindliche wurde eine unbefristete volle Stelle angeboten. Das ist ein gemeinsamer Erfolg von hartnäckigen Betroffenen und Personalrat.

Den Beamten wurde ein „kräftiger“ Schluck aus der Besoldungspulle zugestanden. Ab 01. August erhalten sie „unheimliche“ 1,5% Gehaltserhöhung. Damit liegt die Besoldung immer noch unterhalb der Höhe des Jahres 2003 und Berlin bleibt Schlusslicht im Ländervergleich sowohl bei den Beamten als auch bei den Angestellten.

Der Vorstand